

Die inszenierte Empörung Der 9. November 1938

Kapitel 4



Titelmotive: v.l.: © Yad Vashem – *The Holocaust Martyrs' and Heroes' Remembrance Authority, Digital Collection, www1.yadvashem.org (brennende Synagoge Siegen – 10. November 1938); © akg-images (Passanten vor zerstörtem jüdischem Geschäft in Berlin – 10. November 1938); © Stadtarchiv Euskirchen (Menschenmenge vor brennender Synagoge in Euskirchen – 10. November 1938)*

Bonn 2010

Themen und Materialien

© Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

Adenauerallee 86

53113 Bonn

Autor

Thomas Goll

Projektleitung

Franz Kiefer, bpb (verantwortlich)

Konzeption und Redaktion

Thomas Goll

Visuelle Konzeption, Bildredaktion

cleeves media, Meckenheim

Lektorat

Marcus Klein / cleeves media

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autor/-innen die Verantwortung.

Für die Inhalte der in diesem Werk genannten Internet-Seiten sind allein deren Herausgeber/-innen verantwortlich, der Hinweis darauf und die Seiten selbst stellen keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung, der Autor/-innen oder der Redaktion dar. Es kann auch keine Gewähr für ihre Aktualität übernommen werden.

Diese Veröffentlichung ist nach den Regeln der neuen Rechtschreibung gesetzt. Ausnahmen bilden Texte, bei denen künstlerische, philologische oder lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen. Die Bundeszentrale für politische Bildung bemüht sich um eine geschlechtergerechte Sprache. Wenn aus Quellen zitiert wurde, wurden die Originalvorlagen ohne sprachliche Veränderungen wiedergegeben.

Wir bedanken uns bei allen Institutionen und Personen für die Abdruckerlaubnis. Wir haben uns bemüht, alle Copyright-Inhaber/-innen ausfindig zu machen und um Abdruckgenehmigung zu bitten. Sollten wir eine Quelle nicht oder nicht vollständig angegeben haben, so bitten wir um Hinweise an die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Die Redaktion

Redaktionsschluss: Oktober 2010

Vorwort	IV
----------------------	----

Kapitel 1 (<http://www.bpb.de/files/SNLN6D.pdf> „9_11_1938_1.pdf“)

Forschungsstand und Methode	1
- Forschungsstand und Quellenbasis	2
- Material und Methode	3
- Literatur	5
- Der Autor	5

Kapitel 2 (<http://www.bpb.de/files/NBW2Q2.pdf> „9_11_1938_2.pdf“)

Das Ereignis – Die Pogromnacht in Zahlen und Übersichten	7
- Informationen für Lehrende	7
- Materialien für Lernende (M 1–M 8)	11

Kapitel 3 (<http://www.bpb.de/files/CC7XZK.pdf> „9_11_1938_3.pdf“)

Einzelschicksale – Opfer, Täter, Zuschauer	22
- Informationen für Lehrende	22
- Materialien für Lernende (M 9–M 17)	26

Kapitel 4 (<http://www.bpb.de/files/8Q3HM0.pdf> „9_11_1938_4.pdf“)

Die Inszenierung – Vorbereitung, Ablauf und mediale Darstellung	44
- Informationen für Lehrende	44
- Materialien für Lernende (M 18–M 28)	48

Kapitel 5 (<http://www.bpb.de/files/FDRMCH.pdf> „9_11_1938_5.pdf“)

Die Pogromnacht im Kontext der nationalsozialistischen Judenpolitik	60
- Informationen für Lehrende	60
- Materialien für Lernende (M 29–M 39)	64

Technische Anmerkung

► Einzeldokumente

Das Lehrwerk steht derzeit ausschließlich als Onlineversion zur Verfügung. Die fünf Kapitel sowie ausgewählte Dokumente sind als Einzeldateien vom Server der Bundeszentrale für politische Bildung abrufbar. Wir wollen mit der Aufteilung auf mehrere PDF-Dateien (jeweils unter 5 MB Größe) auch Nutzern in Regionen mit schwächerer Internetverbindung den Download ermöglichen.

► Interaktivität

Alle im Lehrwerk vorkommenden Hinweise auf die einzelnen Kapitel/Dokumente sind in den PDF-Dateien als interaktive Links angelegt. Mit einem Klick auf diese Links gelangen Sie direkt zum Download des jeweils genannten Dokuments.

► Ausdruck von Zeitungsartikeln

Die gezeigten Zeitungsartikel liegen als PDF-Dokumente der vollständigen jeweiligen Zeitungsseiten in hoher Auflösung vor. Die gewünschte Ausdruckgröße bestimmen Sie bitte über das Druckmenü Ihres Programms.

4. Die Inszenierung des Pogroms Informationen für Lehrende

4. Die Inszenierung des Pogroms

Trotz aller Versuche der NS-Führung, ihre Urheber-schaft zu verbergen, waren sich die Menschen in Deutschland und im Ausland bewusst, dass die Ereignisse der Pogromnacht von den NS-Machthabern in Szene gesetzt worden waren. Eine Rekonstruktion der Vorgänge auf der Basis der Dokumente und Aussagen von Zeitzeugen ergibt folgendes Bild:

Der Ablauf der Ereignisse

Montag, 7. November 1938

In den Vormittagstunden gibt der 17-jährige polnische Jude Herschel Grynszpan zwei Schüsse auf den Legationsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris ab. Der Diplomat wird an der Schulter verletzt. Eine Kugel durchschlägt die Milz und berührt die Magenwand. Vom Rath wird sofort operiert; sein Zustand ist sehr ernst. (Im Aufsatz von Heiber, 1957, findet sich eine ausführliche Darstellung zu Motiv und Hintergrund des Attentats.) Am Spätnachmittag entsendet Hitler seinen Begleitarzt, Dr. Karl Brandt, und Professor Dr. Georg Magnus aus Münster nach Paris, um den französischen Ärzten zur Seite zu stehen.

Dienstag, 8. November 1938

Der *Völkische Beobachter* bringt eine erste Meldung über das Attentat in Paris und zugleich einen Leitartikel, in dem eine Parallele zum Mordfall Gustloff 1936 in der Schweiz gezogen und gleichzeitig beklagt wird, „daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen“. Er schließt mit der Drohung: „Die Schüsse in der Deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten“. Am Abend und in der Nacht kommt es in einigen Orten Deutschlands zu örtlichen Übergriffen gegen jüdische Geschäfte und Wohnungen sowie zu Synagogenbränden. Voraus gingen jeweils Kundgebungen der Partei zur Erinnerung an den Hitlerputsch, Hetzreden der örtlichen Parteiführer mit anschließenden „spontanen Aktionen“ von Partei und SA. Gauleiter Sprenger von Kurhessen, der von den Ausschreitungen in seinen Gauen Kenntnis erhalten hatte, verbot in einem Geheimbefehl alle weiteren Einzelaktionen.

21.00 Uhr: Hitler hält seine traditionelle Rede im Bürgerbräukeller, geht jedoch mit keinem Wort auf das Attentat ein.

Mittwoch, 9. November 1938

Um die Mittagszeit findet der feierliche Gedenkmarsch zur Feldherrnhalle statt, der mit einer Zeremonie beendet wird.

17.30 Uhr: Der von Hitler unmittelbar nach dem Attentat zum Botschaftsrat beförderte vom Rath stirbt in Paris.

20.00 Uhr: Die Parteiführer und „Alten Kämpfer“ finden sich zu einem Kameradschaftsabend im „Alten Rathaus“ in München ein.

Die SS-Führer befinden sich nahezu geschlossen im Hotel „Vier Jahreszeiten“, darunter auch der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich.

Reichsmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, befindet sich in seinem Sonderzug auf der Rückfahrt nach Berlin.

21.00 Uhr: Hitler wird während des Essens der Tod vom Raths gemeldet. Er führt eine „außerordentlich eindringliche Unterredung“ mit dem neben ihm sitzenden Propagandaminister Joseph Goebbels, von dessen Inhalt auch die Nachbarn nichts verstehen.

Hitler verläßt unmittelbar nach Abschluß des Essens die Versammlung, ohne, wie sonst üblich, zu der Versammlung zu sprechen. Er begibt sich zu seiner Wohnung in die Äußere Prinzregentenstraße.

22.00 Uhr: Kurz nach Hitlers Abgang teilt Goebbels den Tod vom Raths mit und hält eine Rede, in der er auf judenfeindliche Kundgebungen in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinweist und anfügt: „Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.“ Die anwesenden Parteiführer verstehen die Rede so, „daß die Partei nach außen nicht als Urheber von Demonstrationen in Erscheinung treten, sie

4. Die Inszenierung des Pogroms Informationen für Lehrende

in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte“.

- 22.30 Uhr: Der Kameradschaftsabend löst sich auf. Die anwesenden Gauleiter rufen noch aus dem „Alten Rathaus“ ihre Gauleitungen bzw. Gaupropagandaleitungen an und instruieren sie in mehr oder minder präziser Form, mit entsprechenden Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte loszuschlagen. SA-Stabschef Viktor Lutze sammelt die SA-Führer im „Alten Rathaus“ und weist in einer kurzen Rede auf die Lage hin.
- 23.00 Uhr: Die SA-Führer begeben sich in ihre Quartiere im „Rheinischen Hof“, von wo aus sie bis 24 Uhr ihre Gruppen zu erreichen suchen.
- 23.15 Uhr: Heydrich erhält im Hotel „Vier Jahreszeiten“ einen Anruf der Staatspolizeileitstelle München, die Gaupropagandaleitung München-Oberbayern habe einen Befehl zum Ausbruch einer Judenaktion durchgegeben, wonach die Staatspolizei sich nicht hindernd einmischen solle. Heydrich ist überrascht und bittet SS-Gruppenführer Karl Wolff, zu Himmler zu gehen, um nach Weisungen zu fragen.
- 23.30 Uhr: Wolff trifft Himmler in Hitlers Wohnung in der Äußeren Prinzregentenstraße und unterrichtet ihn über den Sachverhalt. Himmler, der den Eindruck hat, daß auch Hitler von den Vorgängen überrascht wird, fragt nach Befehlen: „Der Führer antwortete, daß sich die SS aus dieser Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen.“
- 23.45 Uhr: Erste Meldung vom Brand eines jüdischen Hauses. Schloß Planegg, im Besitz des Barons Hirsch, ist von unbekannten Tätern angezündet worden.
- 23.55 Uhr: Der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts, Heinrich Müller, unterrichtet die Staatspolizeileitstellen mit Fernschreiben aus Berlin von zu erwartenden Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen mit dem Befehl, daß sich die Staatspolizei heraushalten solle.
- 24.00 Uhr: Hitler und Himmler treffen auf dem Odeonsplatz zur Abnahme der Vereidigung der SS-Rekruten ein.

Donnerstag, 10. November 1938

- 1.00 Uhr: Unmittelbar nach Ende der Vereidigung begibt sich Himmler in das Hotel „Vier Jahreszeiten“ und befiehlt Heydrich: Die Staatspolizeileitstellen haben sich nach den Wünschen der Propagandaämter zu richten, vornehmlich Plünderungen zu verhüten und für den Schutz der Personen und die Sicherung des jüdischen Vermögens zu sorgen. Gegen Plünderer soll unnachsichtig eingeschritten werden; bei Bränden sollte Sorge getragen werden, daß die umliegenden Gebäude von der Feuerwehr geschützt werden.
- 1.20 Uhr: Heydrich diktiert ein Blitz-Fernschreiben an alle Staatspolizeileitstellen mit dem Inhalt des Himmler-Befehls und Kompetenzenregelungen zu anderen Behörden. In dem Fernschreiben wird weiterhin angeordnet, daß in allen Bezirken so viele – „insbesondere wohlhabende“ – Juden festzunehmen seien, wie untergebracht werden können. Mit den zuständigen Konzentrationslagern war wegen schnellster Unterbringung dieser Juden unverzüglich Kontakt aufzunehmen.
- 1.25 Uhr: Himmler versammelt im Hotel „Vier Jahreszeiten“ die anwesenden Führer der Allgemeinen SS und instruiert sie über den Heydrich gegebenen Befehl. Er untersagt den Einsatz und die Beteiligung der Allgemeinen SS.
- 1.30 bis 2.30 Uhr: Die SS-Führer informieren in Blitz-Gesprächen ihre Dienststellen über die Weisungen Himmlers.
- 1.40 Uhr: Goebbels übermittelt als Reichspropagandaleiter den Gauleitungen in einem Fernschreiben seine Rede im „Alten Rathaus“. Die Propagandaämter werden speziell mit der Leitung und Durchführung der Aktion beauftragt.
- 3.00 Uhr: Himmler diktiert einem Mitglied seines persönlichen Stabes eine Aktennotiz, in der er kurz auf die Vorgänge des Abends verweist und anmerkt, er habe den Eindruck, daß Hitler über die Vorgänge nicht unterrichtet war. Himmler schließt: „Der Befehl kommt von der Reichspropagandaleitung, und ich vermute, daß Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenen Machtstreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der außenpolitisch schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat.“
- 3.45 Uhr: Heydrich richtet ein weiteres Blitz-Fernschreiben an die Stapo-Leitstellen, in dem er

4. Die Inszenierung des Pogroms Informationen für Lehrende

nochmals nachdrücklich auf das Verbot von Plünderungen aufmerksam macht und darauf verweist, daß das Reichsjustizministerium die Staatsanwälte veranlaßt habe, „keine Ermittlungen in Angelegenheiten der Judenaktionen vorzunehmen“.

5.00 Uhr: Der General der Ordnungspolizei (Kurt Daluege) weist seine unterstellten Dienststellen auf die Aktionen hin, wobei die Ordnungspolizei solche Aktionen „nur mit schwachen Kräften zivil“ begleiten sollte. Brandlegungen waren nun „unter allen Umständen“ zu verhindern.

Vormittag: Reichswirtschaftsminister Funk beschwert sich bei Goebbels, der im Verlauf des Vormittags wieder in Berlin eingetroffen war, über die Ausschreitungen und deren Schäden für die deutsche Wirtschaft. Goebbels antwortet: „Der Führer werde dem Reichsmarschall Göring einen Befehl geben, wonach die Juden völlig aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden müßten, und er werde Näheres vom Reichsmarschall erfahren.“

Später Vormittag: Göring beschwert sich nach Hitlers Ankunft in Berlin über Goebbels, der in seiner wirtschaftlichen Ignoranz nicht nur wirtschaftliche Werte vernichte, sondern auch Unruhe in die Wirtschaft bringe. Hitler entschuldigt Goebbels' Verhalten etwas, stimmt „aber im großen und ganzen zu, daß sich diese Dinge nicht ereignen sollten und dürften“.

Nachmittag: Göring spricht telefonisch mit Goebbels und macht ihn in „unmißverständlicher Weise“ und „in sehr scharfen Worten“ auf die Schädlichkeit seiner Aktion aufmerksam.

Goebbels begibt sich anschließend zu Hitler. Göring spricht mit Hitler, der „durch Goebbels etwas umgestimmt worden“ ist. Göring wußte nicht, was Hitler mit Goebbels besprochen hatte, bemerkt jedoch, „auf jeden Fall war die Einstellung des Führers nicht mehr so wie bei meiner ersten Beschwerde“.

Goebbels stößt zu der Unterredung hinzu und macht nach Angriffen gegen das Judentum den Vorschlag, den Juden eine Buße aufzuerlegen, die von den Gauen einzuziehen sei.

Göring widerspricht: „Wenn eine Buße, dann nur durch das Reich. Nach kurzem Hin und Her über die Höhe wurde 1 Milliarde [RM] festgesetzt. Der

Führer wünschte dann und befahl, daß nunmehr auch die wirtschaftliche Lösung durchgeführt wurde.“

Später Nachmittag: Die Gauleiter informieren die Kreisleiter, es sei eine Verordnung zu erwarten, wonach die betroffenen Juden selbst für die Schäden an ihren Geschäften aufzukommen hätten und daß „in kürzester Frist noch eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gesetz- oder Verordnungswege ergingen“.

24.00 Uhr: Der Rundfunk bringt die Nachricht, daß die „Aktion“ beendet sei.

Uwe Dietrich Adam: Wie spontan war der Pogrom? Aus: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. © Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1988, S. 76–80, (geringfügig gekürzt)

Anm.: Aus den Protokollnotizen Himmlers wie auch aus der wütenden Kommentierung Görings lässt sich keineswegs ableiten, dass in der NS-Führungsspitze grundsätzlicher Streit über die Judenpolitik ausgebrochen sei. Vielmehr handelt es sich dabei um Kompetenzgerangel und andere Auffassungen in taktischen Fragen. Wie in Kapitel 5 deutlich werden wird, bestand Einvernehmen, den jüdischen Einfluss auf absehbare Zeit in Gesellschaft und Wirtschaft endgültig zu beseitigen und Zugriff auf das jüdische Vermögen zu gewinnen. Auch die vermeintliche Zurückhaltung der SS ist ein Mythos. Vielerorts ist ihre aktive Täterschaft belegt.

Die Ingangsetzung der Pogromnacht

Die Quellen zur Pogromnacht machen zweierlei deutlich: Einerseits wurde das Attentat auf vom Rath propagandistisch genutzt, um Stimmung gegen die jüdische Bevölkerung zu machen (**M 18**), andererseits wurden jedoch keine Aktionen zentral geplant. Vielmehr war es ein Zufall, dass vom Rath ausgerechnet in der Nacht starb, als die Feiern zum Gedenken an den 9. November 1923 abgehalten wurden. Insbesondere die SA war zwar zuvor scharf gemacht worden, aber erst mit Goebbels kaum verdecktem Aufruf zur Tat begannen reichsweit die Aktionen, auch wenn es schon vorher z.B. in Hessen zu Gewaltausbrüchen gekommen war. Überall wurde dabei improvisiert. Ein Generalplan bestand nicht, was unter anderem am Ärger Görings abzulesen ist, der als Beauftragter für den Vierjahresplan bei solch einer Planung gar nicht hätte übergangen werden können.

47

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 18

M 18: Völkischer Beobachter vom 8. November 1938

Berliner Ausgabe
312. Stück, 51. Jahrg., Einzelpreis 15 Pf. / Abonnement 20 Pf.
Verlag: Völkischer Beobachter, Berlin, 8. November 1938

VÖLKISCHER BEOBSACHTER

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ein neuer Fall Gustloff

Jüdischer Mordanschlag in Paris

Mitglied der Deutschen Botschaft durch Schüsse lebensgefährlich verletzt Der Mordbube ein 17jähriger Jude

Paris, 7. November.
Mit dem Mordanschlag in Paris, an dem ein jüdischer Mordbube einen deutschen Botschaftsmitglieden tödlich verletzte, wurde ein neuer Fall Gustloff geschaffen. Der Täter wurde heute als jüdischer Mordbube identifiziert. Der Täter wurde heute als jüdischer Mordbube identifiziert. Der Täter wurde heute als jüdischer Mordbube identifiziert.

Der Zustand des Verletzten sehr ernst
Der Zustand des Verletzten ist sehr ernst. Der Zustand des Verletzten ist sehr ernst. Der Zustand des Verletzten ist sehr ernst.

Der Mörder und seine Mißschöpfe
Der Mörder und seine Mißschöpfe. Der Mörder und seine Mißschöpfe. Der Mörder und seine Mißschöpfe.

Arbeitsvorschläge
Arbeitsvorschläge. Arbeitsvorschläge. Arbeitsvorschläge.

Berliner Ausgabe
Berlin, Dienstag, 8. November 1938

VÖLKISCHER BEOBSACHTER

Verbrecher am Frieden Europas

London: „Eine heimtückische Mordtat“
London, 7. November.
Der jüdische Mordbube, der in Paris einen deutschen Botschaftsmitglieden tödlich verletzte, wurde heute als jüdischer Mordbube identifiziert. Der Täter wurde heute als jüdischer Mordbube identifiziert. Der Täter wurde heute als jüdischer Mordbube identifiziert.

Paris über das Attentat
Paris über das Attentat. Paris über das Attentat. Paris über das Attentat.

Arbeitsvorschläge
Arbeitsvorschläge. Arbeitsvorschläge. Arbeitsvorschläge.

Anm.: Der Völkische Beobachter war das „Kampforgan“ der NSDAP.

Er erschien im Franz-Eher-Verlag, München.

Daneben gab es auch eine Berliner und weitere Regionalausgaben.

Das Blatt erreichte 1944 eine Auflage von 1,7 Millionen Exemplaren.

Titelseite des Völkischen Beobachters vom 8. November 1938
Eine PDF-Datei der Seiten (inkl. S. 2) in hoher Auflösung finden Sie unter: <http://www.bpb.de/publikationen/SGUDCH>
Abb. ©: Stiftung Deutsches Historisches Museum Berlin

Anm.: Wilhelm Gustloff (geb. 30. Januar 1895, verst. 4. Februar 1936), Landesgruppenleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in der Schweiz; wurde von David Frankfurter, Sohn eines Rabbiners und Medizinstudent, in Davos erschossen und nach dem Attentat durch die Nationalsozialisten zum „Blutzeugen der Bewegung“ erhoben. Um die 2 Tage dem Tod Gustloffs eröffneten Olympischen Winterspiele in Garmisch nicht zu gefährden, ordnete die NS-Führung an, Aktionen gegen Juden auf jeden Fall zu vermeiden. Aus Anlass des Attentats auf Gustloff dachte Hitler über eine „Judensteuer“ nach.

Arbeitsvorschläge

- Der Leitartikel des *Völkischen Beobachters* spricht von „Verbrechern am Frieden Europas“. Ist damit allein der Attentäter gemeint? Und wie wird die Aussage begründet?
- Nehmen Sie zu der These Stellung, der Leitartikel leite die Ereignisse der Pogromnacht propagandistisch ein!

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 19

M 19: Rekonstruktion der Ereignisse des 9. und 10. November 1938

Mittwoch, 9. November 1938

- 17.30 Uhr: Vom Rath stirbt in Paris an den Folgen des Attentats vom 7. November.
- 20.00 Uhr: Kameradschaftsabend der Parteiführer im „Alten Rathaus“ in München; die SS-Führung weilt im Hotel „Vier Jahreszeiten“.
- 21.00 Uhr: Hitler spricht eindringlich mit Goebbels und verlässt nach dem Essen unmittelbar den Kameradschaftsabend, ohne eine Rede gehalten zu haben.
- 22.00 Uhr: Goebbels hält judenfeindliche Ansprache, in der er sagt, dass Hitler entschieden habe, dass Aktionen gegen jüdische Einrichtungen „von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.“
- 22.30 Uhr: Nach Ende des Kameradschaftsabends rufen die anwesenden Gauleiter ihre Gauleitungen bzw. Gaupropagandaleitungen über Telefon an und instruieren sie, Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte zu unternehmen. Die SA-Führer telefonieren mit ihren Einheiten zwischen 23 und 24 Uhr.
- 23.15 Uhr: Die SS-Führung erhält Informationen über die Vorgänge.
- 23.55 Uhr: Der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts, Heinrich Müller, unterrichtet die Staatspolizeileitstellen mit Fernschreiben aus Berlin von zu erwartenden Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen mit dem Befehl, dass sich die Staatspolizei heraushalten solle.

Donnerstag, 10. November 1938

- 1.00 Uhr: SS-Chef Himmler ordnet an, dass sich Staatspolizeileitstellen nach den Wünschen der Propagandaämter zu richten und insbesondere Plünderungen zu unterbinden hätten. Die Feuerwehr habe bei Bränden die umliegenden Gebäude zu schützen.
- 1.20 Uhr: Anordnung an alle Staatspolizeileitstellen, in allen Bezirken so viele Juden wie möglich festzunehmen und in Konzentrationslager zu verbringen.

- 1.25 Uhr: Anordnung Himmlers, dass die Allgemeine SS sich aus den Aktionen herauszuhalten habe.
- 1.40 Uhr: Beauftragung der Propagandaämter durch Goebbels die Aktionen zu leiten.
- 3.00 Uhr: Aktennotiz Himmlers: „Der Befehl kommt von der Reichspropagandaleitung, und ich vermute, daß Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenen Machtstreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der außenpolitisch schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat.“
- 3.45 Uhr: Information der Stapo-Leitstellen, dass das Reichsjustizministerium die Staatsanwälte veranlasst habe, „keine Ermittlungen in Angelegenheiten der Judenaktionen vorzunehmen“.
- 5.00 Uhr: Der Leitung der Ordnungspolizei befiehlt ihren nachgeordneten Dienststellen, die Aktionen „nur mit schwachen Kräften zivil“ zu begleiten, aber neue Brandlegungen „unter allen Umständen“ zu verhindern.

Vormittag: Reichswirtschaftsminister Funk beschwert sich bei Goebbels über die Ausschreitungen und deren Schäden für die deutsche Wirtschaft. Antwort von Goebbels: „Der Führer werde dem Reichsmarschall Göring einen Befehl geben, wonach die Juden völlig aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden müßten, und er werde Näheres vom Reichsmarschall erfahren.“

Später Vormittag: Göring beschwert sich bei Hitlers wegen der Auswirkungen auf die Wirtschaft über Goebbels und attackiert ihn am Nachmittag auch persönlich.

Nachmittag: Göring und Goebbels einigen sich in Gegenwart Hitlers auf eine Buße der Juden in Höhe von 1 Milliarde RM.

Später Nachmittag: Die Gauleiter informieren die Kreisleiter, es sei eine Verordnung zu erwarten, wonach die betroffenen Juden selbst für die Schäden an ihren Geschäften aufzukommen hätten und dass in Bälde weitere rechtliche Regelungen folgen würden.

24.00 Uhr: Der Rundfunk bringt die Nachricht, dass die „Aktion“ beendet sei.

Uwe Dietrich Adam: Wie spontan war der Pogrom? Aus: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. © Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1988, S. 76–80

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 20/1

M 20: Interne Fernschreiben von Polizei und Gestapo

Gestapo – Geheimes Fernschreiben vom 9.11.1938, 23.55 Uhr

An alle Stapo Stellen und Stapoleitstellen – An Leiter oder Stellvertreter

Dieses FS ist sofort auf dem schnellsten Wege vorzulegen.

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.
2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Massnahme sicherzustellen.
3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20-30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.
4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Massnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Massnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.

IMT XXV: 377

Gestapo – Geheimes Blitz-Fernschreiben vom 10.11.1938, 01.20 Uhr

An alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen

An alle SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte

Dringend! Sofort dem Leiter oder seinem Stellvertreter vorlegen!

Betrifft: Massnahmen gegen Juden in der heutigen Nacht.

Aufgrund des Attentats gegen den Leg. Sekretär vom R a t h in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht – 9. auf 10.11.1938 – im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten. Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen die folgenden Anordnungen:

- 1) Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen – Gauleitung oder Kreisleitung – fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren, zu der der zuständige Inspekteur oder Kommandeur der Ordnungspolizei zuzuziehen ist. In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, dass die Deutsche Polizei vom Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei die folgenden Weisungen erhalten hat, denen die Massnahmen der politischen Leitungen zweckmässig anzupassen wären:
 - a) Es dürfen nur solche Massnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z. B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist),
 - b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen und Plünderer festzunehmen.
 - c) In Geschäftsstrassen ist besonders darauf zu achten, dass nicht jüdische Geschäfte unbedingt gegen Schäden gesichert werden. →

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 20/2

→

- d) Ausländische Staatsangehörige dürfen – auch wenn sie Juden sind – nicht belästigt werden.
- 2) Unter der Voraussetzung, dass die unter 1) angegebenen Richtlinien eingehalten werden, sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen.
- 3) Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der Jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird. Es kommt dabei auf das historisch wertvolle Material an, nicht auf neuere Steuerlisten usw. Das Archivmaterial ist an die zuständigen SD-Dienststellen abzugeben.
- 4) Die Leitung der sicherheitspolizeilichen Massnahmen hinsichtlich der Demonstrationen gegen Juden liegt bei den Staatspolizeistellen, soweit nicht die Inspektoren der Sicherheitspolizei Weisungen erteilen. Zur Durchführung der sicherheitspolizeilichen Massnahmen können Beamte der Kriminalpolizei sowie Angehörige des SD, der Verfügungstruppe und der Allgemeinen SS zugezogen werden.
- 5) Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zulässt, sind in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, dass die aufgrund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht misshandelt werden.
- 6) Der Inhalt dieses Befehls ist an die zuständigen Inspektoren und Kommandeure der Ordnungspolizei und an die SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte weiterzugeben mit dem Zusatz, dass der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei diese polizeiliche Massnahme angeordnet hat. Der Chef der Ordnungspolizei hat für die Ordnungspolizei einschliesslich der Feuerlöschpolizei entsprechende Weisungen erteilt. In der Durchführung der angeordneten Massnahmen ist engstes Einvernehmen zwischen der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zu wahren.

IMT XXXI: 516–517

Gestapo – Geheimes Blitz-Fernschreiben vom 10.11.1938

An alle Staatspolizei(leit)stellen.

Unter Bezug auf meine fernschriftliche Anordnung weise ich nochmals darauf hin, dass in allen jenen Fällen, in denen im Zuge der Protestaktionen geplündert worden ist, rücksichtslos vorzugehen ist, durch intensivste Ermittlungen die Täter festzustellen und festzunehmen sind und dass die Sachwerte sichergestellt werden.

Ich bitte, mir bis 11.11.1938, 8 Uhr, durch Fernschreiben die bereits bekannten Plünderungsfälle mitzuteilen unter Angabe des kurzen Sachverhalts und der etwa bereits festgestellten Täter.

Vor der Überstellung an den Ermittlungsrichter ist meine Weisung einzuholen.

Die Kripo kann erforderlichenfalls zur Klärung der Tatbestände herangezogen werden.

Chef der Sicherheitspolizei

IMT XXXI: 518

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 20/3

Chef der Sicherheitspolizei – Geheimes Blitz-Fernschreiben vom 10.11.1938

- 1) an alle Staatspolizei(leit)stellen und Staatspolizeistellen,
- 2) an alle SD-Oberabschnitte und SD Unterabschnitte.

Dringend sofort vorlegen!

Betrifft: Massnahmen gegen Juden.

Im Nachgang zu meinem Befehl von heute Nacht weise ich ausdrücklich darauf hin, dass Plünderungen unter allen Umständen durch entsprechende Maßnahmen zu verhindern sind. Plünderer sind vorl. festzunehmen. Nähere Weisung ist von mir einzuholen.

Das Reichsjustizministerium hat sämtliche Generalstaatsanwälte angewiesen, die Strafanstalten den Staatspolizei(leit)stellen zur Unterbringung festgenommener Juden zur Verfügung zu stellen.

Weiter ersucht das Reichsjustizministerium, zunächst in keinem Fall Haftbefehle gegen Personen zu beantragen, die etwa im Zuge der Aktionen festgenommen worden sind. Schließlich hat das Reichsjustizministerium die Staatsanwälte angewiesen, keine Ermittlungen in Angelegenheiten der Judenaktionen vorzunehmen.

Dies dient lediglich zur dortigen Information.

IMT XXXI: 519–520

Chef der Sicherheitspolizei – Geheimes Blitz-Fernschreiben vom 11.11.1938

Die Protestaktionen sind eingestellt (siehe Presse- und Rundfunkmeldungen).

Im Benehmen mit der Ordnungspolizei ist für die kommende Nacht verstärkter Streifen- dienst einzusetzen.

Etwa noch erfolgende Aktionen sind möglichst zu verhindern, jedoch ist hierbei Rück- sicht zu nehmen auf die berechnete Empörung der Bevölkerung.

Gegen Plünderer ist rücksichtslos einzuschreiten.

Die Festnahmeaktionen werden ohne Einschränkung und ausschliesslich von den Staats- polizei(leit)stellen fortgesetzt.

IMT XXXI: 519

Arbeitsvorschläge

1. Beurteilen Sie auf der Basis der zeitlichen Rekonstruktion und der Telegramme, ob die „Aktion gegen die Juden“ geplant war oder ungeplant stattfand!
2. Nehmen Sie Stellung zu der Behauptung, es handele sich um eine „berechnete Empörung der Bevöl- kerung“!
3. Erstellen Sie eine Liste mit den Einzelmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung und jüdische Ein- richtungen!
4. Zeigen Sie an den Befehlen auf, inwiefern Polizei und Gerichtsbarkeit dem politischen Willen der NSDAP unterworfen wurden.
5. Erörtern Sie, warum immer wieder die Rede davon ist, dass gegen Plünderungen rücksichtslos vorzuge- hen sei!

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 21

M 21: Das Oberste Parteigericht zur Urhebererschaft am Pogrom

Am Abend des 9. November 1938 teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus zu München versammelten Parteiführern mit, dass es in den Gau- en Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegentreten. [...]

Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort – also geraume Zeit vor Durchgabe des ersten Fernschreibens – von einem großen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gaue weitergegeben. [...]

Die Nachprüfung der Befehlsverhältnisse hat ergeben, dass [...] ein Missverständnis in irgend einem Glied der Befehlskette entstanden ist, insbesondere dadurch, dass es dem aktiven Nationalsozialisten aus der Kampfzeit selbstverständlich ist, dass Aktionen, bei denen die Partei nicht als Organisator in Erscheinung treten will, nicht mit letzter Klarheit und in allen Einzelheiten befohlen werden. Er ist infolgedessen gewohnt, aus einem solchen Befehl mehr herauszulesen, als wörtlich gesagt ist, wie es auch auf der Seite des Befehlsgebers vielfach Übung geworden ist, im Interesse der Partei – gerade wenn es sich um illegale politische Kundgebungen handelt – nicht alles zu sagen und nur anzudeuten, was er mit dem Befehl erreichen will. So hat wohl jeder, der im

Rathausaal anwesenden Parteiführer die Weisung des Pg. Dr. Goebbels, dass die Partei diese Demonstration nicht zu organisieren habe, so aufgefasst, dass die Partei als Organisator nicht in Erscheinung treten solle; Pg. Dr. Goebbels wird sie auch so gemeint haben, denn die politisch interessierten und darüber hinaus aktiven Kreise, die für solche Demonstrationen in Frage kommen, stehen eben in der Partei und ihren Gliederungen. Sie konnten selbstverständlich auch nur durch Dienststellen der Partei und der Gliederungen mobilisiert werden. – So hat auch eine Reihe von Unterführern die an sie mündlich oder fernmündlich gelangten, nicht immer sehr glücklich formulierten Befehle – z. B.: Nicht der Jude Grünspan, das ganze Judentum trage die Schuld an dem Tod des Pg. vom Rath, das Deutsche Volk nehme infolgedessen Rache am gesamten Judentum, im ganzen Reiche brennten die Synagogen, jüdische Wohnungen und Geschäfte seien zu verwüsten, Leben und Eigentum der Arier müssten geschützt, ausländische Juden dürften nicht belästigt werden, die Aktion werde auf Befehl des Führers durchgeführt, die Polizei sei zurückgezogen, Pistole sei mitzubringen, bei geringstem Widerstand sei rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen, als SA-Mann müsse nun jeder wissen, was er zu tun habe usw. – so verstanden, dass nun für das Blut des Pg. vom Rath Judenblut fließen müsse, dass es jedenfalls nach dem Willen der Führung auf das Leben eines Juden nicht ankomme. [...]

Auch die Öffentlichkeit weiß bis auf den letzten Mann, dass politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei.

IMT XXXII: 20–29 (Auszug)

Arbeitsvorschläge

1. Welche Rolle spricht das Oberste Parteigericht Reichspropagandaminister Goebbels hinsichtlich der Eingangsetzung und der Partei bei der Durchführung der Pogromnacht zu?
2. Das Gericht führt die „Kampfzeit“ der Partei an, wenn es um die Beurteilung individueller Schuld von Tätern aus der Partei und ihren Gliederung geht. Vollziehen sie die Argumentation nach und zeigen Sie anhand dieser Argumentation, dass das Vermeiden direkter Befehle durch die NS-Spitze auch in anderen Fällen eine erprobte Herrschaftsmethode der NS-Führung war.

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 22/1

M 22: Anweisungen an die Presse

3176 DNB-Rundruf (20.37 Uhr)

– ZSg. 102/13/10/75 – 7. November 1938

Alle deutschen Zeitungen muessen in groesster Form ueber das Attentat auf den Legationssekretaer an der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muss die erste Seite voll beherrschen.

Nachrichten ueber den ernsten Zustand des Herrn vom Rath werden durch das DNB ausgegeben werden. Er schwebt in groesster Lebensgefahr. In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, dass das Attentat des Juden die schwersten Folgen fuer die Juden in Deutschland haben muss, und zwar auch fuer die auslaendischen Juden in Deutschland. In Ausdruecken, die der Empoerung des deutschen Volkes entsprechen, kann festgestellt werden, dass die juedische Emigrantenclique, die schon Frankfurter den Revolver in die Hand drueckte, auch verantwortlich fuer dieses Verbrechen sei.

Es ist die Frage zu stellen, ob es die Absicht der juedischen Clique war, Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich heraufzubeschwoeren, indem ein Moerder in die deutsche Botschaft, also auf den Boden des Reiches geschickt wurde, nachdem das juedische Gift schon lange die deutschen Sendungen des franzoesischen Rundfunks beherrschte.

Als Material werden die bekannten Broschueren von Diewerge „Der Fall Gustloff“ und vor allem „Ein Jude hat geschossen“ empfohlen. Im Reichspropagandaministerium, Zimmer 24, wird heute abend, 20.30 Uhr Parteigenosse Diewerge fuer Auskuenfte zur Verfuegung stehen.

Es ist darauf zu achten, dass bei dem mit allen Miteln zu fuehrenden Kampf gegen die internationale juedische Gefahr keine anti-franzoesische Tendenz gezeigt wird. Dieser Kampf geht nicht gegen Frankreich, nicht gegen die franzoesische Regierung, auch wenn an dem viel zu lange geduldeten Treiben der juedischen Emigranten in diesem Lande Kritik geuebt wird, sondern gegen das internationale juedische Verbrechergesindel.

3178 – ZSg. 102/13/12/37 (1) – 8. November 1938

Es muss noch einmal zum Fall vom Rath geschrieben werden. Wiederum handle es sich bei dem Attentae-ter um einen Juden, so sagte Herr Diewerge in der Preko, und zwar um einen, der offenbar mit Vorbe-

dacht ausgewaehlt sei. Er sei noch jugendlich und sei wie im Falle Gustloff nicht Staatsbuerger des Landes, in dem die Tat vollbracht wurde. In der Emigranten- presse sei seit langem zur Gewalt aufgefordert wor- den. Hierueber bringt DNB Material. Hinter dem At- tentat stuenden die gleichen Kreise wie beim Fall Gustloff. Seit Wochen werde fuer einen juedischen Kampffonds gesammelt. Das Judentum mache keinen Unterschied zwischen sogenannten „wilden Parteifa- natikern“, auf die man sich im Falle Gustloff berufen habe, und ruhigen Beamten. Man habe sich sogar in die Botschaft hinein getraut, die selbst im Kriegsfall vom Feinde respektiert werde. Bei der Aufzaehlung einzelner Urheber moege man Emil Ludwig Cohn be- sondern nennen, auf den das „Schwarze Korps“ mor- gen zurueckkommen werde. Bei dieser Gelegenheit moege auch die Frage aufgeworfen werden, ob die in Paris schreibenden sogenannten deutschen Schrift- steller ueberhaupt noch als solche bezeichnet wer- den duerften. Da juristisch keine Moeglichkeit beste- he, die Auslieferung zu verlangen, so moege man die- se Frage nicht anschnelden.

3184 DNB-Rundruf – ZSg. 102/13/13/9 – 9. November 1938

Das neueste Kommunike ueber den Gesundheitszu- stand des Legationssekretaers vom Rath ist auf der er- sten Seite aufgemacht zu bringen.

3185 – ZSg. 102/13/14/37 (1) – 9. November 1938

Der Fuehrer und Reichskanzler hat Legationssekretaer vom Rath wegen seines tapferen Verhaltens zum Ge- sandtschaftsrat erster Klasse ernannt. Die Zeitungen moegen diese Meldung besonders gut herausbrin- gen. Das Befinden ist so schlecht, dass mit seinem Ab- leben gerechnet wird.

3194 – ZSg. 102/13/15 (3) – 9. November 1938

Der Moerder Gruenspan solle in deutschen Zeitungen nicht mit „y“ geschrieben werden.

3202 DNB-Rundruf (7.50 ((19.50)) Uhr)

– ZSg. 102/13/17/90 – 9. November 1938

Nachdem Herr vom Rath soeben gestorben ist, wer- den die Zeitungen gebeten, die Nachricht ueber die Befoerderung nicht mehr zu veroeffentlichen. Bei

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 22/2

Nennung des Dienstgrades ist selbstverstaendlich Gesandtschaftsrat 1. Klasse zu schreiben.

3209 – ZSg. 102/13/18/22 (5) – 10. November 1938

Zu den Ereignissen der vorigen Nacht sagte das Propagandaministerium: Im Anschluss an die heute morgen ausgegebene DNB-Meldung koennen eigene Berichte gebracht werden. Hier und dort seien Fensterscheiben zertruemert worden, Synagogen haetten sich selbst entzuendet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen. Die Berichte sollen [nicht] allzu gross aufgemacht werden, keine Schlagzeilen auf der ersten Seite. Vorlaeufig keine Bilder bringen. Sammelmeldungen aus dem Reich sollen nicht zusammengestellt werden, aber es koenne berichtet werden, dass auch im Reich aehnliche Aktionen durchgefuehrt worden seien. Einzeldarstellungen darueber sind zu vermeiden. Ueber oertliche Vorgaenge koenne ausfuehrlicher berichtet werden. Dies alles nur auf der zweiten oder dritten Seite. Wenn Kommentare fuer noetig befunden wuerden, so sollen sie nur kurz sein und etwa sagen, dass eine begreifliche Empoerung der Bevoelkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandtschaftsrates gegeben habe.

3213 DNB-Rundruf (16.20 Uhr) – ZSg. 102/13/19/47 – 10. November 1938

Der Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels muss in der Presse auf der ersten Seite gross aufgemacht werden. (Am besten im Kasten.)

3223 – ZSg. 102/13/21/41 (9) – 11. November 1938

Zwei Berliner Zeitungen haetten wiederum illoyal gehandelt und trotz des Verbots Sammelmeldungen ueber die Ereignisse im Reich gebracht. Es werde mehr Kameradschaftlichkeit verlangt.

3224 – ZSg. 102/13/21/41 (10) – 11. November 1938

Im Laufe des Nachmittags wird eine grundsaeztliche Sprachregelung zur Judenfrage herausgegeben werden. Es steht noch nicht fest, ob dazu eine Pressekonferenz einberufen wird. Vielleicht wird DNB einen Artikel wiedergeben, der dann als Kommentarrichtlinie gelten muesste.

3229 Pressekonferenz für Auslandspresse – ZSg. 102/13/20/69 – 11. November 1938

In einer Pressekonferenz der Vertreter auslaendischer Zeitungen in Berlin hat Minister Dr. Goebbels heute einen Vortrag gehalten, der in Kuerze auch ueber DNB kommen wird. Er gilt als der heute in der Pressekonferenz erwaehte Kommentar und enthaelt also die Sprachregelung fuer die weitere Behandlung der Judenfrage. Dabei soll, wenn dazu geschrieben wird, an der Hand auslaendischer Pressestimmen und der Reden im Unterhaus das englische Vorgehen in Palaestina besonders eindeutig herausgestellt werden, die Massnahmen gegen die Araber, Haeusersprengungen, Hinrichtungen, Verbannungen und lebenslaengliche Strafen. Es soll weiter – woertlich – in der Presse zum Ausdruck kommen, dass auch, wenn das Unterhaus Wert darauf lege, die Judenfrage in einer Aussprache zu eroertern, der deutsche Reichstag eine Debatte ueber die Greuel in Palaestina herbeifuehren koennte. Jeder kehre vor seiner Tuer.

3266 – ZSg. 102/13/33/37 (7) – 15. November 1938

Verbrechen, die von Juden begangen werden, sollen kuenftig von den Zeitungen groesser als andere Verbrechensmeldungen herausgebracht werden.

Hans Bohrmann/Gabriele Toepser-Ziegert (Hrsg.): NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bd. 6/III: 1938. Quellentexte September bis Dezember. Bearbeitet von Karen Peter. München: De Gruyter Sauer, 1999, S. 1050–1076

Arbeitsvorschläge

1. Skizzieren Sie in Umrissen die Taktik des Reichspropagandaministeriums! Was soll mit den Presseanweisungen im Einzelnen erreicht werden?
2. Warum soll zwar über spontane Empörung berichtet werden, nicht jedoch allzu viel über die Schäden? Versuchen Sie dazu eine plausible Erklärung zu finden!

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 23, M 24

M 23: Aufruf Goebbels – *Völkischer Beobachter* vom 11. November 1938

Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels an die Bevölkerung

Neue gesetzliche Regelung der Judenfrage angekündigt

Berlin, 10. November.

Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt:

„Die berechnete und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Mordanschlag in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichen Massenauflagen verbreitet. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.“

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Vergeltungsaktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzulehnen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

* Die feige Wortart des Juden Grünpan hat im gesamten deutschen Volk eine nur allzu verständliche Empörung hervorgerufen, die sich denn auch angesichts der unvergleichlichen Gemeinheit dieser Tat und der unverfälschten Freiheit, mit der sie ausgeführt wurde, in jüdenfeindlichen Kundgebungen äußerte. Wenn dabei, trotz der so berechtigten Wut aller Deutschen, keinem Juden ein Haar gekrümmt wurde, so mag man das in der Welt der Diszipliniertheit des deutschen Volkes zugute halten. Auf jeden Fall soll nicht veräußert werden, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß bei einer neuen Herausforderung durch das Weltjudentum das deutsche Volk kaum wieder so glimpflich mit den Verbrechen abrechnen wird. Der Mordanschlag in Paris dürfte im Judentum und insbesondere in der von ihm beeinflussten internationalen jüdischen Presse die Erkenntnis um ein weiteres Stück haben reifen lassen, daß auch außerhalb der deutschen Grenzen eine allgemeine Abwehraktion gegen das lästige Parasitenvolk einzuleiten beginnt. Der Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels ist der Beweis für Deutschlands Abicht, keine jüdischen Missetaten zu schießen. Die Ankündigungen einer weiteren gesetzlichen Regelung der Judenfrage wird im ganzen deutschen Volk mit Genugtuung aufgenommen werden.

Waffenbesitz für Juden verboten

Anordnung des Reichsführers **SS** Himmler
München, 10. November.

Der Reichsführer **SS** und Chef der deutschen Polizei hat folgende Anordnung erlassen:

Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gelten, ist jeglicher Waffenbesitz verboten. Zuwiderhandeln wird in Konzentrationslager übergeführt und auf die Dauer von 20 Jahren in Schacht genommen.

Eine PDF-Datei der Seite in hoher Auflösung finden Sie unter:

<http://www.bpb.de/publikationen/MPP7NQ>

Abb. ©: Stiftung Deutsches Historisches Museum Berlin

M 24: „Gerechtes Strafgericht“ – *Völkischer Beobachter* vom 12. November 1938

Gerechtes Strafgericht

Die Nürnberger Gesetze von 1935 sollten die reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden herstellen und den Einfluß der Juden auf alle verantwortlichen Stellen in der Führung des Staates und des Volkes ausschalten. Die Gesetze waren – das wird das Judentum spätestens in diesen Tagen eingesehen haben – von einer Großzügigkeit, wie sie wohl nur deutsche Menschen selbst ihren ärgsten Feinden gegenüber zur Anwendung bringen können. Jeder Deutsche nahm an, daß die Juden in Deutschland die Herausdrängung aus der Volksführung (wie sie z.B. durch die Ausschaltung aus der Ärzteschaft und dem Rechtswesen deutlich wird) als eine von ihnen selbst herausgeforderte Zurechtweisung stillschweigend hinnehmen würden. Wir haben uns alle geirrt! Sie bekennen sich noch mehr denn je auf die Macht, die ihnen ihr Geld zu allen Zeiten verschafft, und begnügen von ihren gefüllten Geldbörsen gerade das deutsche Volk mit häßlicher Geringschätzung zu betrachten. Das würde niemand gestört haben, wenn die Juden nicht damit zu gleicher Zeit ihre Querverbindungen zum Weltjudentum noch fester geknüpft hätten, statt sie zu lösen. So trifft der Mordanschlag von Paris an erster Stelle die deutsche Judenenschaft als Verantwortlichen. Und dafür soll sie büßen!

Die Juden haben den vielleicht entscheidendsten Fehler ihrer unruhigen Geschichte gemacht, als sie erstens das Reich des Dritten Reiches zu spät erkannten und dann darauf den allergrößten Mißgriff folgen ließen, indem sie kein Wesen und keine Grundelemente auch noch falsch begriffen. Der Nationalsozialismus hat ihnen doch gewiß Zeit genug zum Studium seiner Vorurteile gegeben, sowohl wie seiner Ziele gefaßt! Jetzt muß er seine Taktik ändern, um vom deutschen Volk weiteren Schaden abzuwenden; deshalb der Einklang zwischen Volksstimmung und Regierungsmassnahmen. Wenn es die Juden bisher nicht gelernt haben, sich in respekt-

vollem Abstand von allem Deutschen zu halten, so müssen sie jetzt drastisch dazu gezwungen werden. Außerdem werden ihnen die Mittel aus der Hand genommen, die in ihrem Besitz nur gegen Deutschland gerichtete Waffen sind.

Jeder Deutsche hätte gern gesehen, wenn die Nürnberger Gesetze genügt hätten, das Judentum zum Begreifen der geschichtlichen Stunde zu bringen. Sie haben sich angesichts einer neuen Zeit dazu unfähig erwiesen und damit auf der ganzen Linie versagt. Sie kennen keinen Anstand und kein Bescheiden, wie es ihnen als Gästen (und dazu noch unerwünschten) inmitten eines rassebewußten deutschen Volkes zukommt. Das hat ihnen als Antwort auf den heimtückischen Mord von Paris alles das eingebracht, was sie schon lange verdienten. Das Maß ist endgültig voll und die deutsche Geduld zu Ende, aus und vorbei! Das deutsche Volk ist zutiefst betrieblig, daß die nationalsozialistische Regierung auch in dieser Frage seinen Willen zu dem ihrigen macht. Deshalb hat der Aufruf zum Eintreten jeglicher Einzelaktionen sofort und überall Gehör gefunden. Wer ihn gefühllos nicht beachtet, stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft, deren Wortführer die Regierung ist.

Die Disziplin des deutschen Volkes ist bewundernswert. Trotzdem hoffen wir, daß das Judentum innerhalb der deutschen Reichsgrenzen von der spontanen Reaktion des Volkszorns für alle Zeiten befehrt ist. Es liegt bei ihm, seine Rassegenossen in aller Welt dahin zu bekehren, daß sie am flüchtigsten handeln, wenn sie die Hände aus dem schmutzigen Spiel gegen Deutschland lassen. Wir glauben jedoch, daß kein Jude diese Befehre auch nur verfluchen wird. Der Jude ist international und volksfeindlich, wo er auch steht. Das ist nationalsozialistisches Erkenntnis und danach wird jeder Jude von Stund an ohne Gnade behandelt. Er hat es so aemollt!

R. O.

Eine PDF-Datei der Seite in hoher Auflösung finden Sie unter:
<http://www.bpb.de/publikationen/K1APZR>

Abb. ©: Stiftung Deutsches Historisches Museum Berlin

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die offizielle NS-Version der Ereignisse zusammen! Was geschah in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 und wie sind die Ereignisse zu erklären?
2. Welche Ziele verfolgen Goebbels und die NS-Presse mit dieser Darstellung? Halten Sie die Artikel geeignet, diese Ziele tatsächlich auch zu erreichen?

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 25

M 25: Schreiben zwischen den Zeilen (?) – die Frankfurter Zeitung

Ein Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels.

Berlin, 19. November. (DNB.) Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt:

„Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Mordanschlag an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzuweichen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung, beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

Frankfurter Zeitung vom 11. November 1938, Titelseite

Eine PDF-Datei der Seite in hoher Auflösung finden Sie unter:

<http://www.bpb.de/publikationen/86YCP>

Abb. ©: Frankfurter Societäts-Druckerei

Anm.: Die Frankfurter Zeitung wurde 1856 zunächst unter dem Namen „Frankfurter Geschäftsbericht“ gegründet.

Dem Grundverständnis nach war sie liberal und demokratisch ausgerichtet. Sie konnte bis 1943 in Deutschland erscheinen, weil das Regime sich davon propagandistische Vorteile gegenüber dem Ausland versprach. Der Gleichschaltung der NS-Presse versuchte sie durch „Schreiben zwischen den Zeilen“ zu begegnen.

Die Maßnahmen gegen das Judentum.

Abchluss der Einzelaktionen. — Eine Rede des Reichsministers Dr. Goebbels.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“)

„Berlin, 19. Nov. Reichsminister Dr. Goebbels sprach am heutigen Donnerstag um 10.00 Uhr im Reichstag mit den Abgeordneten. Die Zeit und das Thema ihrer eigenen Rede war die jüdische Frage. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.“

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Dr. Goebbels erklärte dann, dass die jüdische Frage die wichtigste Frage der Zeit sei. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum. Er sprach über die jüdische Frage und die Maßnahmen gegen das Judentum.

Arbeitsvorschläge

- Vergleichen Sie den Abdruck des Aufrufes von Reichspropagandaminister Goebbels in der *Frankfurter Zeitung* mit dem im *Völkischen Beobachter* (M 23). Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede erkennen Sie und was schließen Sie daraus?
- Die bürgerliche Presse in Deutschland äußerte ihre Kritik am Nationalsozialismus versteckt „zwischen den Zeilen“. Können Sie diese Einschätzung anhand des Artikels „Die Maßnahmen gegen das Judentum“ aus der *Frankfurter Zeitung* vom 14. November 1938 nachvollziehen oder steht die Zeitung hinter dem Regime? Begründen Sie Ihre Entscheidung!

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 26, M 27

M 26: Kommentare aus Großbritannien

The Times

Kein ausländischer Propagandist, der sich zum Ziel gesetzt hätte, Deutschland vor der Welt schlecht zu machen, hätte die Berichte von Brandstiftungen und Misshandlungen, von heimtückischen Überfällen auf wehrlose und unschuldige Menschen überbieten können [...] Millionen Deutsche müssen die Schmach verabscheuen, mit der ihr Name bedeckt wurde.

Daily Telegraph

Deutschland lieferte sich einer Orgie der Barbarei aus, die die ganze Welt mit Entsetzen erfüllt [...]

Daily Herald

Schmach für die Menschheit

The Jewish Chronicle

Der barbarische Pogrom, der den Namen Deutschlands in den Augen der zivilisierten Welt beschmutzte, hat eine Art weltweiter Bestürzung hervorgerufen.

Paul Sauer: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945. Stuttgart: Kohlhammer, 1969, S. 183f.

M 27: Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 12. November 1938

Einstellung der Zerstörungsaktion gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland

Erklärungen Dr. Goebbels' an die ausländische Presse

Mitternachtsdurchsuchung ...

Berlin, 11. Nov. (Zel. unferes O-Netz.) Am Donnerstagabend ist das Zerstörungswort in allen Städten Deutschlands genau so, wie es wünschenswert war, auf der ganzen Linie durchgeführt worden. Berlin hat den heutigen Tag in der Mitternachtsdurchsuchung zugebracht. Die jüdischen Läden sind ausgeräumt und verübert. Soweit die geflohenen Besitzer sich zurückwagten, erhielten sie von der Polizei unter Bußandrohung den Befehl, die Schäden zu beseitigen. Ob die Versicherungen für das zerstörte Glas aufkommen, ist für die Juden ohne jedes Interesse, da sie ohnehin ruiniert sind und an eine Wiedereröffnung der Geschäfte gar nicht zu denken ist. Die Kosten für die Schaufenster machen nur einen geringen Bruchteil des Schadens aus, der durch die gründliche Vernichtung des Inventars und der Vorratslager entstanden ist. Der Gesamtschaden läßt sich noch nicht annähernd überschätzen; aber man hört schon, daß einzig in Berlin Werte, die sich auf Dutzende von Millionen Mark belaufen, der Zerstörung zum Opfer gefallen sind. Die Verleumdung des jüdischen Judentums, das mit Einbruch von Österreich noch immer weit über 600 000 Menschen umfaßt, hat einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen. Von den zahllosen Juden, die gestern in Berlin verhaftet wurden, sind erst wenige wieder in Freiheit gelassen.

Am nächsten haben die Erfolge vom Donnerstag in Berliner Konfektionsviertel um den Hauptbahnhof gewirkt, wo der Hauptsturm erst nach dem Mittagsmahl mittags-Geschäftslage einsetzte. Die Gebäude an der Charlotten-, Kronen- und Marlagasse, wo der Großhandel seine Waren und seine Tügel- und Seidenlager unterhält, sind wenig bis zum vierten und fünften Stockwerk hinauf verübert. Sogar die Marmorstufen der Wände sind mit Spitzhacken zertrümmert worden, ebenso die Buchungsautomaten, von denen jeder 7000 bis 8000 Mark kostet. Die Telefonapparate und die Installationen der Schallplatten wurden mit Zinte übergoßen und samt den Möbeln, Geschäftsbüchern und Akten zu den Fenstern hinausgeworfen. Ein französischer Journalist wäre von einer herabfallenden Schreibmaschine fast erschlagen worden. Auf den zerstörten Straßen fehlte eine postknappe Flucht ein, und der Automobilverkehr geriet ins Stocken. Der Nachtteil fällt auf den deutschen Export zurück, der an der Textilbranche mit ihren zahlreichen internationalen Verbindungen besonders interessiert war.

Ein Wiederaufbau der ausgebrannten Synagogen kommt nicht in Frage. Der Ausgangspunkt ist, daß die Städte von den Synagogen Besitz ergreifen werden, um Platz für Neubauten zu gewinnen. Die Kunstfreunde trauern der Synagoge von Hildesheim nach, die als altheimliche Fachwerkbau mit hohem Giebel und den bunten Schildereien der Renaissancezeit in ihrer Art ein Museum darstellte und als historisches Denkmal nicht zu ersetzen ist. In mehreren Städten wurden vor der Brandstiftung Explosivstoffe in die jüdischen Tempel getragen, um sie gründlicher zu vernichten. Das Schlimmste der Brandstiftung konnte nur in einigen ostpreussischen Städten vermieden werden, die rasch entschlossen die Synagogen auf Abbruch faulten und dafür den bescheidenen Preis von je 2000 bis 3000 Mark erlegten.

Presseempfang bei Dr. Goebbels

Auf Freitagvormittag hat Dr. Goebbels die Vertreter der ausländischen Presse auf das Propagandaministerium, offenbar, um den verheerenden Einbruch abzufchwächen, den die Ereignisse in Deutschland in vielen Teilen der Welt hervorgerufen haben. Der Reichsminister, der zugleich Leiter von Berlin ist, erklärte die Vorfälle mit der „Spontaneität der Volkseele“, die nationalsozialistische und antisemitische Regeneration im Spiel gewesen sei. Wenn sie und da ein Gegenstand aus den Schaufenstern verschwunden sei, so berechtige das nicht zur Behauptung von Plünderungen; auch seien die Juden körperlich kaum geschädigt worden. Dr. Goebbels erklärte damit den Verstand, Deutschland wolle andere Länder mit dem Antisemitismus anstecken, für unbegründet. Am Verlauf seiner Ansprache folgte er aber hinzu, das Beispiel, das Deutschland seit 1933 mit seiner Judenpolitik gegeben habe, zeigend, daß in jedem Volk kein Antisemitismus vorhanden, seiner weiteren Feststellung, das Judenproblem könne nur

auf internationaler Grundlage gelöst werden, fügte er keine Erläuterungen hinzu, so daß die Zuhörer im ungewissen blieben, wie sich die deutsche Regierung eine Regelung vorstellt. Was die gestern angeführten neuen Erlasse betrifft, erklärt man lediglich, daß neue Gesetze „in den nächsten Wochen und Monaten“ erscheinen sollen.

*

Berlin, 11. Nov. (y-Zel.) In seinen Ausführungen vor den Vertretern der ausländischen Presse legte Reichspropagandaminister Dr. Goebbels weiter dar, daß die deutsche Regierung beim Fall Ostloft mit allen Kräften einen Ausbruch „spontaner Volkseele“ verhindert habe. Diesmal eine Einflusnahme auf das Volk unmöglich gewesen, da sich die Spitzen der Regierung und Partei in München befanden hätten und er, Dr. Goebbels, nur telefonisch mit Berlin in Verbindung geblieben habe. Es sei nicht wahr, daß die Feuerwache und die Polizei nicht aktiv eingeschritten seien. Um die Aktionen zu verhindern, hätte es jedoch nach der Ansicht Dr. Goebbels' in Berlin allein über hunderttausend Polizisten bedurft.

Nach unseren eigenen Beobachtungen waren in dem von uns besichtigten Bezirk während der Aktion gegen die jüdischen Geschäfte außer einem einzigen Verleumdungsbeamten keinerlei Polizei oder andere Ordnungsbefugten in Uniform zu sehen; nach dem Bekanntwerden des Ausbruchs des Reichspropagandaministers am Donnerstagabend erschienen dagegen die durch S.S. verhafteten Polizisten wie aus dem Boden gelaufen. In der einstimmung mit den Erklärungen Dr. Goebbels' waren, soweit wir die Vorgänge mit eigenen Augen verfolgen konnten, keine Überprüfungen der Verhandlungen von Juden festzustellen. Bei den Zerstörungen ist dagegen nach unserer Kenntnis aus dem Eigentum von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit nicht verurteilt worden. Il. a. wurde ein Juweliersgeschäft, dessen Geschäftsführer schwedischer Staatsangehöriger ist, demoliert. Zusätzlich verurteilte an der Zerstörung eine große Stofffirma, an der ebenfalls ein jüdischer Staatsbürger beteiligt ist. Dieser wurde festgenommen, aber nach Intervention der diplomatischen Vertretung nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Die Frage der von den Zerstörungen zu bedenkenden Schäden ist im Moment noch nicht geklärt. Man hat, daß in einigen Fällen die Polizei alle jüdischen Geschäfte aufgefördert hat, die verbleibenden Schäden nicht bei den Versicherungen zu melden, sondern bei den zuständigen Polizeidirektionen anzumelden. Das würde darauf schließen lassen, daß der Schaden von den Behörden geregelt wird, wobei allerdings wohl damit zu rechnen wäre, daß die Judenhaft selbst durch eine Umlage die Beträge aufzubringen hätte. Die Versicherungen sind vorerst angewiesen worden, einlaufende Schadenanzeigen entgegenzunehmen. Jüdischen den zuständigen Wirtschaftskorporationen und den staatlichen Organen ließen Verhandlungen über die zu treffenden Maßnahmen hinsichtlich der Regulierung von verbleibenden Schäden. Man nimmt an, daß dieser Fragenkomplex im Rahmen der auch von Dr. Goebbels angeführten Jüdenfrage behandelt werden wird. In diesem Zusammenhang ist schließlich zu bemerken, daß die an jüdischen Geschäften eingeschlagenen Schreien in vielen Fällen den Hausbesitzern gehörten, so daß in diesem Punkt nicht die Juden, sondern in den meisten Fällen arische Hausbesitzer geschädigt werden mußten.

Zahlreiche Verhaftungen?

Berlin, 11. Nov. (y-Zel.) Seit gestern nach werden in Berlin und auch in anderen deutschen Städten Verhaftungen von Juden durch die Gestapo vorgenommen. Es handelt sich meist um angelegene Verhaftungen der Judenhaft. Der Reichspropagandaminister stellte in seinem Presseempfang die Verhaftungen in Abrede, auf eine spätere Anfrage wurde jedoch mitgeteilt, es handle sich bei den Verhaftungen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Erlaß Himmlers, daß Juden keine Waffen besitzen dürfen. Es wird erklärt, die Juden hätten Waffen zurückgelassen, obwohl ihnen durch den letzten Erlaß des Chefs der deutschen Polizei eine Erlöse von zwanzig Jahren Schutzhaft angedroht wird.

Keine Ausweisung der Juden aus München

Paris, 11. Nov. ag Der Agentur Havas wird aus München berichtet: Die Verweisung der Juden, München inner 48 Stunden zu verlassen, kamme von verschiedenen lokalen Parteiorganisationen, wurde aber von der Polizei nicht befolgt. Die Parteiorganisationen schienen die Verweisung an die Juden zum Verlassen der Stadt nur ausgegeben zu haben, um die Juden zu erschrecken.

Eine PDF-Datei der Seite in hoher Auflösung finden Sie unter:
<http://www.bpb.de/publikationen/JTSDYT>

Erschienen in der Neuen Zürcher Zeitung am 12. November 1938.

Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung; <http://www.nzz.ch>

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Sicht der Auslandspresse über die Ereignisse in Deutschland in Stichpunkten zusammen!
2. Beurteilen Sie, warum Goebbels Inszenierungsversuch zum Scheitern verurteilt war!

4. Die Inszenierung des Pogroms Materialien für Lernende – M 28

M 28: Die Reaktion des Propagandaministeriums auf die Berichterstattung in der Auslandspresse – Presseanweisung

**3287 – ZSg. 102/13/38-39/30 (11) –
17. November 1938**

Die NSK wird morgen eine Sondernummer zur Judenfrage herausbringen, die besonderer Beachtung empfohlen werde. Im uebrigen wurde zur Judenfrage ausfuehrliche Anweisung gegeben:

In viel staerkerem Masse als bisher muesse in den naechsten Tagen, mindestens fuer eine Woche, alles herausgestellt werden, was irgendwie zeige, dass auslaendische Regierungen sich weigern, Juden bei sich aufzunehmen. Ebenso gross sei aufzumachen und zu kommentieren, was ueber schlechte Behandlung von Juden in anderen Laendern gemeldet werde, insbesondere auch ueber Ueberfuehrung ins Konzentrationslager. In diesem Zusammenhang muessten die englischen Kolonialmethoden immer von neuem behandelt werden. Der Berliner Lokalanzeiger habe gestern einen vorbildlichen Bericht gebracht. 20 000 Buren, Frauen und Kinder seien im Burenkrieg verhungert, Angehoerige eines Kulturvolkes, nicht einfach Neger, die Eroberung Indiens, die Vorgaenge in Palaestina, wo der Eindringling geschuetzt werde und der alteingesessene Araber ruecksichtslos vernichtet werde, muessten behandelt werden. Deutschland von 1938 sei nicht das von 1918, es lasse sich Bevormundung im Gouvernantenton nicht gefallen und habe englische Erziehungsmassnahmen nicht noetig, es wuensche englische Freundschaft und glaube, dass das englische Volk bereit sei. Nur eine kleine Clique in England wende sich gegen die deutsche Innenpolitik. Der Gegensatz zwischen Volk und Clique moege klar herausgestellt werden. [...]

Jede deutsche Zeitung muesse in den naechsten 10 Tagen eine Artikelserie veroeffentlichen, in der die Rolle der Juden in Deutschland behandelt werden soll: in fruheren Zeiten, in der Vorkriegszeit, am Hofe, in den ersten Kriegsjahren und in der Novemberrepublik. [...] Zitate aus der juedischen Presse sollen ge-

bracht werden. (Stampfer im Vorwaerts 1918, wo er die deutsche Kriegsflagge endgueltig einholen wollte, ohne sie das letzte Mal heimgebracht zu haben.) Die Revolution habe ueberall die Juden an die Spitze gebracht, die bis 1933 geherrscht haetten. In jeder Fortsetzung der Artikelserien muesse eine deutliche Spitze nicht auf die Juden, sondern auf die deutschen Spiesser gerichtet werden, denn gegen sie muesse sich die Propaganda richten. Das eine Prozent Neinsager, das bei allen Wahlen auftrete, habe auch jetzt wieder Mitleid mit den Juden, nach 10 Tagen muessten sie zum Schweigen gebracht sein. [...]

Die Erfuellungspolitik mit Walter Rathenau duerfe nicht unbeachtet bleiben [...], die Juden als Attentaeter oder als Urheber von Attentaten muessten dargestellt werden.

Dabei muesse auch der Blick nach aussen gerichtet werden, besonders scharf sei auf die englischen Massnahmen hinzuweisen, fuer die Stichworte genuegen koennten: Irland vor 17 Jahren, Drusenaufstand 1925, Vernichtung von Damaskus und Kontribution von 800 000 Pfund (hier waren aber die Franzosen die Aktiven und nicht die Englaender), die Kontributionen im Ruhrgebiet, die englischen Massnahmen im Sudan, als der Oberbefehlshaber 1924 ermordet wurde (die verlangten 75 Mill. aegyptische Pfund), Burenkrieg und aehnliches soll dazu dienen, das Ausland auf seine eigenen Angelegenheiten zu verweisen. Den Amerikanern koenne gesagt werden, dass sie besonders Anlass haetten zu schmolten, denn sie haetten ja erst den Sklavenhandel und die Sklavenhaltung nach einem blutigen Bue(rger)krieg beiseitigen koennen, sie haetten wie kein anderes Land die Rassenfrage geloest, indem sie durch Einwanderungsgesetze ihnen unliebsame Rassen vom Lande fernhielten.

Hans Bohrmann/Gabriele Toepser-Ziegert (Hrsg.): NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bd. 6/III: 1938. Quellentexte September bis Dezember. Bearbeitet von Karen Peter. München: De Gruyter Sauer, 1999, S. 1084ff.

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Anweisungen an die Presse nach Zielgruppen zusammen: Wer ist adressiert und was soll geschrieben werden?
2. Wieso greift die NS-Propaganda zu diesen Mitteln? Kennen Sie vergleichbare Manöver aus der gegenwärtigen Politik?